

Michael Rose

Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie

Theorie und Praxis
der Proxy-Repräsentation



Springer VS

Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie

Michael Rose

Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie

Theorie und Praxis
der Proxy-Repräsentation

 Springer VS

Michael Rose
Düsseldorf, Deutschland

Dissertation an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2016

D61

Gekürzte und geringfügig geänderte Fassung der Dissertationsschrift mit dem Originaltitel „Die Vertretung zukünftiger Generationen in der Demokratie. Theorie und Praxis der Proxy-Repräsentation“.

ISBN 978-3-658-18845-0 ISBN 978-3-658-18846-7 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-18846-7

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Diese Dissertation wurde durch ein dreijähriges Promotionsstipendium im Rahmen des Graduiertenkollegs „Linkage in Democracy. Politische Repräsentation in heterogenen Gesellschaften“ (LinkDe) des Instituts für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gefördert. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Stefan Marschall, Vorstandssprecher und mein Erstbetreuer, sowie Michael Baurmann, meinem Zweitbetreuer, für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen, die es mir ermöglichten, dieser anregenden und vielleicht etwas ungewöhnlichen Forschungsfrage nachzugehen. So lange frei an einem selbstgewählten Thema im Bereich politikwissenschaftlicher Nachhaltigkeitsforschung arbeiten und dabei neue Pfade betreten zu können, erachte ich als ein Privileg. Es hat mir nicht nur viel Arbeit, sondern vor allem auch viel Freude gemacht, das spannungsreiche Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit sowohl theoretisch als auch empirisch in der Frage der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen zu erforschen.

Bedanken möchte ich mich außerdem bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Graduiertenkolleg LinkDe und am Lehrstuhl für Politikwissenschaft II nicht nur für den fruchtbaren fachlichen Austausch, sondern auch für die gegenseitige Unterstützung und die beinahe täglichen entspannenden Kaffeerunden. Auch die Professorinnen und Professoren des Graduiertenkollegs haben in Kolloquien und Kollegtagen wertvolle Hinweise gegeben. Dank gebührt außerdem den Diskutantinnen und Diskutanten, die mir auf diversen Fachkonferenzen ausführliche Rückmeldungen zu Teilen meiner Dissertation gegeben haben, darunter Didier Caluwaerts, Thomas Cottier, Oliver Gruber, Laura Morales und Didier Ruedin. Auch bei Simon Franzmann und Jörg Tremmel bedanke ich mich für die hilfreichen Kommentare. Patrick Emmenegger und Carsten Q. Schneider sei für ihren hervorragenden QCA-Kurs auf der ECPR Summer School in Methods and Techniques gedankt.

Zu guter Letzt ergeht ein großes Dankeschön an meine Familie, insbesondere Anne, und meine Freunde. Danke für eure Unterstützung!

Michael Rose

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnisxiii

Tabellenverzeichnis..... xv

Abkürzungsverzeichnis xix

1 Einleitung 1

1.1 Zukünftige Generationen und die Aporie der Demokratie: Problem-
und Fragestellung 1

1.2 Vorgehen und Aufbau des Buches 11

THEORIE

2 Das Problem der heutigen Berücksichtigung zukünftiger

Generationen15

2.1 ‚Zukünftige Generationen‘ 15

2.1.1 Begriffsdiskussion 16

2.1.2 Politische Eigenschaften zukünftiger Generationen und
Abgrenzungen 19

2.1.3 Implikationen 22

2.2 Argumente zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen 25

2.2.1 Empirische Rahmenbedingungen 26

2.2.2 Demokratietheoretische Perspektive: Betroffenheitsprinzip ... 31

2.2.3 Ethische Perspektiven: Intergenerationelle Gerechtigkeit,
Rechte, Pflichten und Verantwortung 41

2.2.4 Das Nichtidentitätsproblem..... 49

2.3 Die moderne Demokratie und ihre Gegenwartspräferenz 52

2.3.1 Die moderne Demokratie 52

2.3.2 Demokratische Gegenwartspräferenz..... 55

2.3.3 Implikationen für die politische Repräsentation zukünftiger
Generationen..... 64

2.4 Zusammenfassung 68

3 Proxy-Repräsentation.....	71
3.1 Begriffliche Abgrenzungen.....	72
3.2 Vorbemerkungen zum Konzeptverständnis.....	75
3.3 Konzepte für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen in der Literatur	80
3.4 Standardkonzepte politischer Repräsentation und zukünftige Generationen	92
3.5 Die ‚repräsentative Wende‘ und zukünftige Generationen	111
3.6 Das formale Konzept der Proxy-Repräsentation.....	125
3.6.1 Proxy-Repräsentation als konzeptionelle Basisebene	126
3.6.2 Akteur	129
3.6.3 Adressaten: Der Zugang zum politischen Entscheidungsprozess	132
3.6.4 Akzeptanz der Aufgabe durch den Akteur.....	134
3.6.5 Zusammenfassende Darstellung.....	135
3.7 Operationalisierung des formalen Konzepts der Proxy-Repräsentation	136
3.7.1 Basisebene: Interessen.....	136
3.7.2 Akteur	137
3.7.3 Zugang zum politischen Entscheidungsprozess	141
3.7.4 Akzeptanz der Aufgabe durch den Akteur.....	144
3.8 Substanzielle Proxy-Repräsentation	144
3.8.1 Interessen zukünftiger Generationen.....	145
3.8.2 Proxy-Performanz.....	149
3.9 Demokratische Legitimität	153
3.10 Der konzeptionelle Innovationspfad: Proxy-Repräsentation und andere Repräsentationskonzepte.....	163
3.11 Zusammenfassung	165
4 Typologie: Proxys und ihr Wirkungspotenzial.....	167
4.1 Vorbemerkungen zur Methode.....	167
4.2 Typologien aus der Literatur	170
4.3 Mögliche Dimensionen des Wirkungspotenzials	172

- 4.4 Typologie des Wirkungspotenzials der Proxys 179
- 4.5 Zusammenfassung 184
- 5 Institutionalisation von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial187**
 - 5.1 ‚Hohes Wirkungspotenzial‘ 188
 - 5.2 Proxy-Repräsentation als demokratische Selbstbindung 190
 - 5.3 Mögliche Rahmenbedingungen der Institutionalisation von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial: Theoretische Erwartungen... 199
 - 5.3.1 Politisch-Institutionelle Rahmenbedingungen 203
 - 5.3.2 Ökonomische Rahmenbedingungen 218
 - 5.3.3 Kulturelle Rahmenbedingungen 221
 - 5.4 Zusammenfassung 225

EMPIRIE

- 6 Erhebung und typologische Einordnung der Proxys:**
 - Kurzfallstudien..... 227**
 - 6.1 Auswahl der Fälle und Erhebungsmethode..... 227
 - 6.2 Analyseraster für die Kurzfallstudien 229
 - 6.3 Tabellarische Übersicht über die Proxys..... 232
 - 6.4 Parlamentarischer Kommissar für zukünftige Generationen (Ungarn)..... 233
 - 6.5 Parlamentarische Kommission für zukünftige Generationen (Israel) 242
 - 6.6 Zukünftige-Generationen-Kommissar für Wales (Wales)..... 250
 - 6.7 Co-Kommissar für zukünftige Generationen (Ungarn) 258
 - 6.8 Artikel P der Verfassung – Kommissar für Grundrechte (Ungarn) ... 264
 - 6.9 Bundesrat für nachhaltige Entwicklung (Belgien) 272
 - 6.10 Maltesische Nachhaltigkeitsstrategie, Sustainable Development Act – Nachhaltigkeitsministerium und -beauftragte (Malta) 277
 - 6.11 Kommissar für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung (Kanada)..... 285
 - 6.12 Nachhaltigkeitsbüro (Kanada) 291
 - 6.13 Zukunftsbüro (Liechtenstein) 295
 - 6.14 Kommissar für ökologische Nachhaltigkeit (Viktoria, Australien) 299
 - 6.15 Nationalrat für nachhaltige Entwicklung (Ungarn)..... 304

6.16	Nachhaltigkeitsprüfung – Nachhaltigkeitsprüfende (Baden-Württemberg)	309
6.17	Guardian of Future Generations (Malta)	316
6.18	Parlamentarischer Ausschuss für die Zukunft (Finnland)	322
6.19	Finnische nationale Kommission für nachhaltige Entwicklung (Finnland).....	327
6.20	Rat für die Rechte zukünftiger Generationen (Frankreich).....	333
6.21	Kommission für nachhaltige Entwicklung (UK)	337
6.22	Kommissar für eine nachhaltige Zukunft (Wales)	343
6.23	Comhar – Nachhaltigkeitsrat (Irland)	348
6.24	Kommission für nachhaltige Entwicklung (Estland).....	354
6.25	Hoher Rat für nachhaltige Entwicklung (Luxemburg)	358
6.26	Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung (Schweiz).....	362
6.27	Philippinischer Rat für nachhaltige Entwicklung (Philippinen)	365
6.28	Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung (Deutschland).....	368
6.29	Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (Deutschland)	372
6.30	Rat für Nachhaltige Entwicklung (Deutschland)	378
6.31	Britische Nachhaltigkeitsstrategie – Akteure der Exekutive (UK).....	383
6.32	Nachhaltigkeitsprüfung – Nachhaltigkeitsprüfende (Deutschland) ...	389
6.33	Ranking der Demokratien nach dem Wirkungspotenzial ihrer Proxys.....	394
6.34	Proxy-Muster und Zusammenfassung	396
7	Rahmenbedingungen der Institutionalisierung von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial: Eine modifizierte Fuzzy-Set Qualitative Comparative Analysis	407
7.1	Methode und Fallauswahl.....	407
7.1.1	Fuzzy-Set Qualitative Comparative Analysis (fs/QCA) für Rahmenbedingungen	408
7.1.2	Definition & Auswahl der Fälle.....	424
7.2	Kalibrierung.....	428

7.2.1	Erstmalige Institutionalisierung eines Proxys mit dem höchsten Wirkungspotenzial.....	428
7.2.2	Niedrige effektive Regierungsparteienzahl	429
7.2.3	Geringe institutionelle Pfadabhängigkeit	434
7.2.4	Gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung	439
7.2.5	Vorherrschen stark emanzipativer Werte	445
7.2.6	Ideologisch-programmatisch linke Position der Regierungspartei(enkoalition)	451
7.3	Analyse, Ergebnisse, Interpretation und kritische Diskussion.....	460
7.4	Zusammenfassung	478

SCHLUSSFOLGERUNGEN

8 Fazit.....	481
8.1 Erkenntnisse aus der Empirie.....	481
8.2 Erkenntnisse für die Theorie.....	489
9 Ausblick	503
9.1 Anknüpfungspunkte für die Forschung.....	503
9.1.1 Forschung zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen.....	503
9.1.2 Übertragbarkeit von Konzepten und Methoden	507
9.2 Anknüpfungspunkte für die Praxis.....	514
Literaturverzeichnis.....	517
Verzeichnis der Primär- und Datenquellen	541
Anhang	553

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die legalistische Interpretation des Betroffenenheitsprinzips und zukünftige Generationen.....	38
Abbildung 2: Politische Repräsentation nach Rehfeld.....	122
Abbildung 3: Formale und substanzielle Repräsentation nach Rehfeld.....	124
Abbildung 4: Formales Konzept der Proxy-Repräsentation.....	135
Abbildung 5: Legitimitätsaspekte.....	154
Abbildung 6: Konzeptioneller Innovationspfad.....	163
Abbildung 7: Typologie des Wirkungspotenzials der Proxys als Skala.....	183
Abbildung 8: Typologie des Wirkungspotenzials der Proxys mit Merkmalskombinationen	184
Abbildung 13: Hohes Wirkungspotenzial	188
Abbildung 10: Anzahl der zeitgleich existierenden Proxys im Zeitverlauf.....	397
Abbildung 11: Notwendige Bedingung als Venn- und als X-Y-Diagramm.....	414
Abbildung 12: Hinreichende Bedingung als Venn- und als X-Y-Diagramm.....	416
Abbildung 13: Entscheidungsbaum Fallauswahl.....	426
Abbildung 14: X-Y-Diagramm niedrige effektive Regierungsparteienzahl.....	560
Abbildung 15: X-Y-Diagramm geringe institutionelle Pfadabhängigkeit.....	560
Abbildung 16: X-Y-Diagramm überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum.....	561
Abbildung 17: X-Y-Diagramm unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote	561
Abbildung 18: X-Y-Diagramm Vorherrschen stark emanzipativer Werte.....	562
Abbildung 19: X-Y-Diagramm linke effektive Regierungspartei(enkoalitions)position.....	562

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ausgangstypologie der Proxys.....	180
Tabelle 2: Übergangstypologie der Proxys.....	181
Tabelle 3: Ergebnistypologie der Proxys.....	182
Tabelle 4: Analyseraster der Fallbeschreibungen.....	231
Tabelle 5: Übersicht über die Proxys.....	233
Tabelle 6: Datenblatt Parlamentarischer Kommissar für zukünftige Generationen (Ungarn, 2008–2011).....	234
Tabelle 7: Datenblatt parlamentarische Kommission für zukünftige Generationen (Israel, 2001–2006 (2010)).....	243
Tabelle 8: Datenblatt zukünftige-Generationen-Kommissar für Wales (Wales, seit 2016).....	251
Tabelle 9: Datenblatt Co-Kommissar für zukünftige Generationen (Ungarn, seit 2012).....	259
Tabelle 10: Datenblatt Artikel P der Verfassung – Kommissar für Grundrechte (Ungarn, seit 2012).....	265
Tabelle 11: Datenblatt Bundesrat für nachhaltige Entwicklung (Belgien, seit 1997).....	272
Tabelle 12: Datenblatt Maltesische Nachhaltigkeitsstrategie, Sustainable Development Act – Nachhaltigkeitsministerium und -beauftragte (Malta, seit 2013).....	279
Tabelle 13: Datenblatt Kommissar für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung (Kanada, seit 1996).....	286
Tabelle 14: Datenblatt Nachhaltigkeitsbüro (Kanada, seit ca. 2009).....	291
Tabelle 15: Datenblatt Zukunftsbüro (Liechtenstein, 2004–2010).....	295
Tabelle 16: Datenblatt Kommissar für ökologische Nachhaltigkeit (Viktoria, Australien, seit 2003).....	299
Tabelle 17: Datenblatt Nationalrat für nachhaltige Entwicklung (Ungarn, seit 2008).....	304
Tabelle 18: Datenblatt Nachhaltigkeitsprüfung – Nachhaltigkeitsprüfende (Baden-Württemberg, seit 2011).....	309
Tabelle 19: Datenblatt Guardian of Future Generations (Malta, seit 2012).....	317

Tabelle 20: Datenblatt Parlamentarischer Ausschuss für die Zukunft (Finnland, mit Unterbrechungen seit 1993, dauerhaft seit 2000) ..	322
Tabelle 21: Datenblatt Finnische nationale Kommission für nachhaltige Entwicklung (Finnland, seit 1993)	328
Tabelle 22: Datenblatt Rat für die Rechte zukünftiger Generationen (Frankreich, 1993–1995)	334
Tabelle 23: Datenblatt Kommission für nachhaltige Entwicklung (UK, 2000–2011)	338
Tabelle 24: Datenblatt Kommissar für eine nachhaltige Zukunft (Wales, 2011–2015)	345
Tabelle 25: Datenblatt Comhar – Nachhaltigkeitsrat (Irland, 1999–2011)	349
Tabelle 26: Datenblatt Kommission für nachhaltige Entwicklung (Estland, seit 1996)	355
Tabelle 27: Datenblatt hoher Rat für nachhaltige Entwicklung (Luxemburg, seit 2006)	358
Tabelle 28: Datenblatt Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung (Schweiz, seit 1993)	362
Tabelle 29: Datenblatt Philippinischer Rat für nachhaltige Entwicklung (Philippinen, 1996–2004 [seit 1992])	366
Tabelle 30: Datenblatt Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung (Deutschland, seit 2000)	369
Tabelle 31: Datenblatt Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung (Deutschland, seit 2004)	373
Tabelle 32: Datenblatt Rat für Nachhaltige Entwicklung (Deutschland, seit 2001)	379
Tabelle 33: Datenblatt Britische Nachhaltigkeitsstrategie – Akteure der Exekutive (UK, 2005–2010)	384
Tabelle 34: Datenblatt Nachhaltigkeitsprüfung – Nachhaltigkeitsprüfende (Deutschland, seit 2013)	390
Tabelle 35: Ranking der Demokratien nach dem Wirkungspotenzial ihrer Proxys	395
Tabelle 36: Durchschnittsjahr der Institutionalisierung pro Typ	398

Tabelle 37: Empirische Proxy-Verteilung nach Typen und typenbildenden Dimensionen 399

Tabelle 38: Operationen und Notationen in der QCA 413

Tabelle 39: Wahrheitstafel 417

Tabelle 40: Fälle 427

Tabelle 41: Kalibrierung erstmalige Institutionalisierung eines Proxys mit dem höchsten Wirkungspotenzial 429

Tabelle 42: Kalibrierung niedrige effektive Regierungsparteienzahl 432

Tabelle 43: Legende der verwendeten Parteienabkürzungen 433

Tabelle 44: Kalibrierung geringe institutionelle Pfadabhängigkeit 438

Tabelle 45: Kalibrierung überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote 443

Tabelle 46: Kalibrierung Vorherrschen stark emanzipativer Werte 448

Tabelle 47: RILE-Kategorien 456

Tabelle 48: Kalibrierung linke Regierungspartei(enkoalitions)position 458

Tabelle 49: Datentabelle QCA 461

Tabelle 50: Konsistenzwerte notwendige Rahmenbedingungen 461

Tabelle 51: Wahrheitstabelle ohne AL 463

Tabelle 52: Wahrheitstabelle ohne BIP 465

Tabelle 53: Rahmenbedingungen der Proxy-Typen 467

Tabelle 54: Liste der Institutionen, die nicht als Proxys aufgenommen wurden 555

Tabelle 55: Berechnung GVA-Wachstumsraten für Wales 556

Tabelle 56: Wachstumsraten Bruttoinlandsprodukt 557

Tabelle 57: Arbeitslosenquoten 559

Abkürzungsverzeichnis

AL	Arbeitslosenquote oder fuzzy-skaliertes Konzept ‚unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote‘ (Kap. 9)
AU-VIC	Viktoria
BE	Belgien
BIP	Bruttoinlandsprodukt oder BIP-Wachstumsrate (Kap. 9) oder fuzzy-skaliertes Konzept ‚überdurchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts‘ (Kap. 9)
BMI	Bundesministerium des Innern
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BRNE	Bundesrat für nachhaltige Entwicklung (=CFDD, FRDO)
CA	Kanada
CEO	Chief Executive Officer
CFDD	Conseil fédéral du développement durable (=FRDO, BRNE)
CFES	Commissioner for Environmental Sustainability
CH	Schweiz
CISDL	Centre for International Sustainable Development Law
CMP	Comparative Manifestos Project
CSD	Commission for Sustainable Development (=KNE)
cs/QCA	Crisp Set Qualitative Comparative Analysis
CSSD	Conseil supérieur pour un développement durable (=HRNE)
CTI-CT	Consumer Price Index at constant taxes
DE	Deutschland
DE-BW	Baden-Württemberg
Defra	Department of Environment, Food and Rural Affairs
EE	Estland
ERP	effektive ideologisch-programmatische Regierungspartei(enkoalitions) position
ERZ	niedrige effektive Regierungsparteienzahl
ESDN	European Sustainable Development Network
EVI	Emancipative Values Index
EVS	European Values Study
EW	Vorherrschen stark emanzipativer Werte
FI	Finnland
FNCSD	Finnish National Commission on Sustainable Development (=FNKNE)
FNKNE	Finnische nationale Kommission für nachhaltige Entwicklung (=FNCSD)
FR	Frankreich

FRDO	Federale Raad voor Durrzame Ontwikkeling (=CFDD, BRNE)
fs/QCA	Fuzzy-Set Qualitative Comparative Analysis
GDP	Gross Domestic Product (=BIP)
GB	Großbritannien
GB-WLS	Wales
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
GO-BRNE	Geschäftsordnung des Bundesrats für nachhaltige Entwicklung
GO-BT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GO-CSDD	Geschäftsordnung des Conseil supérieur pour un développement durable
GOE	Government Office of Estonia
GO-RNE	Geschäftsordnung des Rats für Nachhaltige Entwicklung
GNNCSDS	Global Network of National Councils for Sustainable Development and Similar Bodies
GNS MUNV	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie, Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg
GVA	Gross Value Added
HMG	Her Majesty's Government
HoCEAC	House of Commons Environmental Audit Committee
HRNE	hoher Rat für nachhaltige Entwicklung (=CSDD)
HU	Ungarn
IDANE	Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung
IE	Irland
IHRC	International Human Rights Clinic at Harvard Law School
IL	Israel
ILO	International Labour Organization [sic!]
INUS	insufficient but necessary part of a condition which is itself unnecessary but sufficient for the result
IP	geringe institutionelle Pfadabhängigkeit
KNE	Kommission für nachhaltige Entwicklung (=CSD)
LCPNDD	Loi du 25 juin 2004 relative à la coordination de la politique nationale de développement durable
LDD	Loi relative à la coordination de la politique fédérale de développement durable
LU	Luxemburg
M	Mitgliedschaftsgrad (oder : -wert)
Max	Maximum
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
Min	Minimum
MNEUK	Ministerium für Nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Klimaschutz (=MSDEC)
MP	Member of Parliament

MSDEC	Ministry for Sustainable Development, the Environment and Climate Change (=MNEUK)
MT	Malta
MUKE	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
NCSD	National Council for Sustainable Development (Ungarn, =NFFT, NRNE) oder National Commission for Sustainable Development (Malta)
NDPB	executive non-departmental public body
N-ERZ	effektive Regierungsparteienzahl (Original)
NESC	National Economic and Social Council
NFFT	Nemzeti Fenntartható Fejlesztési Tanács (=NCSD, NRNE)
NGO	Non-Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
NRNE	Nationalrat für nachhaltige Entwicklung (=NFFT, NCSD (HU))
OCFR	Office of the Commissioner for Fundamental Rights
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ONS	Office for National Statistics
P	Parlament
PAS	politisch-administratives System
PBNE	Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
PCFG	Parliamentary Commissioner for Future Generations (=PKZG)
PCSD	Philippine Council for Sustainable Development (=PRNE)
PKZG	parlamentarischer Kommissar für zukünftige Generationen (=PCFG)
PMO	Prime Minister's Office
Pp	ideologisch-programmatische Parteiposition
PRNE	Philippinischer Rat für nachhaltige Entwicklung (=PCSD)
QCA	Qualitative Comparative Analysis
R	Regierung
RFL	Regierung des Fürstentums Liechtenstein
RGDCSDD	Règlement grand-ducal du 14 juillet 2005 concernant la composition, l'organisation et le fonctionnement du Conseil Supérieur pour le Développement Durable
RILE	Right-Left Scale
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung
RP	linke Regierungspartei(enkoalitions)position
S	Staatspräsident
SD	Sustainable Development
SDC	Sustainable Development Commission (UK) oder Sustainable Development Council (Irland)
SDPB	Sustainable Development Programme Board
SDPWG	Sustainable Development Policy Working Group
SDO	Sustainable Development Office
SEHN	Science and Environmental Health Network

SoS-Defra	Secretary of State for Environment, Food and Rural Affairs
StANE	Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung
UNCSD	United Nations Commission on Sustainable Development oder United Nations Conference on Sustainable Development
UNGA	United Nations General Assembly
VwV Regelungen	Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien zur Erarbeitung von Regelungen
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WVS	World Values Survey
WWF	World Wide Fund for Nature
Y	Outcome

1 Einleitung

“Theories of democracy [...] share a common presupposition: that whichever groups are in the locus of representation, it is their presently existing members (or the interests of their presently existing members) that are represented. [...] [T]he soundness of the assumption may be questioned. For it rules out the possibility of the interests of the nation’s future citizens – whose lives will be critically affected, for better or worse, by government action – being directly represented in the democratic political process“ (Kavka/Warren 1983: 21).

1.1 Zukünftige Generationen und die Aporie der Demokratie: Problem- und Fragestellung

Im Jahr 1983 konstatierten Gregory S. Kavka und Virginia Warren, dass in den heutigen Demokratien “no special institutional mechanisms exist to secure representation of future people’s interests, and representatives naturally focus their attention on promoting the interests of those who have the power to vote them into, or out of, office; that is, present citizens“ (S. 21). Dieser Zustand erschien den politischen Philosophen aus einer normativen Perspektive heraus als unbefriedigend. Der Grund, warum die Autoren daran Anstoß nahmen, liegt im sogenannten *Betroffenheitsprinzip*. Es ist der Anspruch der demokratischen Selbstbestimmung, wie er beispielsweise im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg formuliert wurde: “No taxation without representation!“ Demnach sollen alle, die von politischen Entscheidungen betroffen sind oder sein werden, in diesen repräsentiert werden, also auch zukünftige Generationen (vgl. z.B. Tännsjö 2007; Thompson 2005; zum Betroffenheitsprinzip insb. Goodin 2007). „Jede Entscheidung [ist] Repräsentation“, schreibt Schüttemeyer (2011: 19) in Bezug auf zukünftige Generationen irreversibel bindende politische Entscheidungen und konstatiert damit ein Repräsentationsdefizit.

Die dem demokratischen Betroffenheitsprinzip zugrundeliegende Idee ist freilich nicht neu. Warum wird die Betroffenheit zukünftiger Generationen erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstärkt thematisiert? Die *Relevanz und Dringlichkeit der zukünftige-Generationen-Frage* wird in der Literatur mit dem ungleich weitreichenderen Handlungsspielraum des Menschen seit dem 20. Jahrhundert begründet (vgl. z.B. Jonas 1984 [1979]; Leggewie 2011; MacKenzie 2013; Tremmel 2009a). Zu nennen sind hier zum Beispiel die Möglichkeit der totalen Selbst-

vernichtung durch ABC-Waffen, der menschengemachte Anteil am Klimawandel, globale Umweltzerstörung, Genmanipulationen mit irreversiblen Folgen für das Ökosystem, Langzeiteffekte der Kernenergie und vieles mehr. Thompson (2010: 18) argumentiert, die Effekte von heute verabschiedeten Gesetzen reichen weiter in die Zukunft hinein als je zuvor. Zugleich hätten wir ein ungleich größeres Wissen über eben diese Effekte als früher. Die von diesen Effekten zukünftig Betroffenen haben aber keine Möglichkeit, auf die heutige Gesetzgebung einzuwirken.

Die aus dem demokratischen Betroffenheitsprinzip abgeleitete Forderung, zukünftige Generationen direkt im demokratischen politischen Entscheidungsprozess zu repräsentieren (vgl. z.B. Dobson 1996; Heyward 2008; Kavka/Warren 1983), ist aus dieser Perspektive nicht nur folgerichtig, sondern auch folgenreich: Die Demokratie ist nämlich nicht dafür ausgelegt, zukünftige Generationen zu repräsentieren. Die Forderung führt die Demokratie in eine *Aporie*.

Dies hat mehrere Gründe. Der erste liegt in der sogenannten demokratischen Gegenwartspräferenz und der zweite im Fehlen eines Demokratiekonzepts, wie zukünftige Generationen heute demokratisch berücksichtigt werden können.

Die *demokratische Gegenwartspräferenz* ist eng mit den regelmäßigen Wahlen als dem zentralen demokratischen Prozedere verbunden (Kates 2015: 519). Um Politik gestalten zu können, müssen Politiker¹ ihre Wählerstimmen maximieren. Politiker verwenden daher den Großteil ihrer politischen Energie auf Politiken, die kurzfristigen, vorzeigbaren Nutzen für ihre Wähler haben (MacKenzie 2013: 29). Da zukünftige (ungeborene) Generationen heute noch nicht existieren, können sie freilich nicht an Wahlen teilnehmen, obwohl sie potenziell von den heute getroffenen politischen Entscheidungen in der Zukunft betroffen sein werden. Sie sind politisch weitgehend einflusslos und in der Regel von institutionalisierten Formen demokratischer Willensbildung ausgeschlossen. Politiken mit hauptsächlich langfristigem Gewinn und ggf. kurzfristigen Kosten können dagegen zu einer

¹ Zugunsten des Leseflusses, der Grammatik und der Ästhetik des gedruckten Wortes wird in diesem Buch das im Deutschen übliche generische Maskulinum verwendet. Ist dies der Fall, ist die spezifische Geschlechtsausprägung für den Inhalt der Aussage irrelevant. Soweit nicht anders spezifiziert sind also immer alle Geschlechter gemeint.

Form des ‚elektoralen Selbstmords‘ werden, da sie keinen kurzfristig vorzeigbaren Nutzen für die aktuelle Wählerschaft zeitigen (Stein 1998: 426). Gardiner (2001) und Wallimann-Helmer (2015) sprechen in Bezug auf Probleme, die erst in ferner Zukunft wirken, aber wahrscheinlich nur in der Gegenwart gelöst werden können, von einer ‚*real tragedy of the commons*‘, für deren Lösung schlichtweg kein Anreiz bestehe. Als Beispiel nennen sie die intergenerationellen Aspekte des Klimawandels, die keine gegenseitige Kontrolle der Problembeteiligten zulassen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie zukünftige Generationen in einem *demokratisch-gegenwartsfixierten institutionellen Anreizsystem* politisch berücksichtigt werden können.

Welche *institutionalisierten Formen demokratischer Willensbildung* sind zukünftigen Generationen zugänglich? Konzepte der direkten Demokratie und der verschiedenen Formen politischer Partizipation können mit Konstituenten wie zukünftigen Generationen nicht umgehen, da sie auf die direkte, aktive Beteiligung der Konstituenten abzielen. Diese ist heute für zukünftige Generationen nicht möglich. Es ist daher wenig überraschend, dass sich in der einschlägigen Literatur wie selbstverständlich auf das *Konzept der politischen Repräsentation* bezogen wird: Zukünftige Generationen sollen in der heutigen Demokratie *repräsentiert* werden (vgl. z.B. Dobson 1996; Kavka/Warren 1983; Read 2012). Dies ist in der Tat nicht nur deshalb naheliegend, weil es sich bei den meisten modernen Demokratien um repräsentative Demokratien handelt. Der wichtigste Grund liegt in der Idee der Repräsentation, etwas Abwesendes zu vergegenwärtigen. Zukünftige Generationen sind heute abwesend, sollen aber politisch vergegenwärtigt werden.

Auf den zweiten Blick sind aber auch die Mechanismen demokratischer politischer Repräsentation mit zukünftigen Generationen als Konstituenten konzeptionell inkompatibel. Die politikwissenschaftliche Repräsentationstheorie scheint zukünftige Generationen weitgehend zu ignorieren und nahezu ausschließlich auf die heutige Generation zu fokussieren. Mit den Kategorien der ‚Standardkonzepte‘ politischer Repräsentation, wie ‚Wahlen‘, ‚Autorisierung‘ und ‚Verantwortlichhalten‘ können kontemporär nichtexistierende Konstituenten (hier: Reprä-

sentierte) wie zukünftige Generationen nicht direkt erfasst werden (vgl. z.B. Monaghan/Welburn 2012: 7).² Zukünftige Generationen können heute keine Repräsentationsbeziehung mit möglichen Repräsentanten eingehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie zukünftige Generationen aus *repräsentationstheoretischer Sicht* heute politisch berücksichtigt werden können.

Aus diesen Perspektiven liegt die *Aporie der modernen Demokratie* also darin begründet, dass sie bezüglich zukünftiger Generationen auf miteinander scheinbar unvereinbaren Prinzipien basiert: Auf der einen Seite dem demokratietheoretisch zentralen Betroffenheitsprinzip, mit welchem sich die politische Repräsentation zukünftiger Generationen fordern lässt und auf der anderen Seite der der Demokratie immanenten Gegenwartspräferenz und dem Standardkonzept politischer Repräsentation, welche auf die heutigen Wähler als allein politisch direkt Berücksichtigte verweisen.

Die *Aporie* dient hier in Anlehnung an das aristotelische Aporie-Verständnis (und in Abgrenzung bspw. zu einem skeptischen Verständnis) einem „theoriegenerierende[n] bzw. heuristische[n]“ Zweck, wie es Schlittmaier (1999: 14) in seiner Systematik der Aporien ausdrückt. Die Aporie legt die „latenten Unstimmigkeiten“ ihrer Ausgangspunkte offen, gibt diese aber nicht auf, sondern revidiert sie, um die Aporie zu bewältigen (Schlittmaier 1999: 134). Diese Art der Aporie ist damit keine (Aus)Weglosigkeit im Wortsinne des Wortes Aporie, sondern vielmehr eine „Wegweisung“ zu ihrer „Auflösung“ durch einen „neue[n], die alten Wege vermittelnde[n] Weg“ (Schlittmaier 1999: 120, 107). Zentrales Kennzeichen auch solcher Aporien ist es jedoch, dass sie nicht vollständig aufgelöst, sondern nur Teillösungen erarbeitet werden können (Schlittmaier 1999: 118, 128–129).

Wie könnten solche Teillösungen der Aporie der Demokratie aussehen? Kavka und Warren (1983: 21) fordern indirekt die Etablierung von *speziellen institutionellen Mechanismen*, die die Repräsentation der Interessen zukünftiger Generatio-

² Mit den ‚Standardkonzepten‘ politischer Repräsentation (auch: ‚Standardsicht‘ oder ‚Standardmodell‘ (Rinderle 2015: 114–118), ‚standard account(s)‘ (Montanaro 2010; Pollak et al. 2009; Rehfeld 2006; Urbinati/Warren 2008; Thompson 2012), ‚standard view‘ (Castiglione 2012), ‚standard idea‘ (Saward 2012)) sind die Repräsentationskonzepte des Mainstreams der Politikwissenschaft gemeint. Siehe auch Abschnitt 3.4. dieses Buches.

nen in demokratischen Systemen sicherstellen. Warum werden hier spezielle institutionelle Mechanismen gefordert? Könnten nicht einfach die bereits am politischen Entscheidungsprozess beteiligten Akteure, wie etwa Parlamentsabgeordnete, diese Aufgabe mit übernehmen? Tatsächlich ist es denkbar, dass Politiker aus intrinsisch-altruistischer oder externer Motivation heraus selbst die Interessen zukünftiger Generationen mitbedenken und in einzelne politische Entscheidungen einbringen. Es könnte unter den Akteuren des politisch-administrativen Systems (PAS) mit der Zeit sogar zu einem verstärkten ‚Kulturwandel‘ in Richtung einer nachhaltigen Politik kommen. Jenseits der Frage, inwiefern dies empirisch der Fall ist, stellt sich hierbei das Problem, dass dies bisher weder demokratietheoretisch-konzeptionell noch empirisch die Aufgabe von politischen Repräsentanten wie Parlamentsabgeordneten ist. Im Gegenteil, die elektorale Logik und mit ihr die demokratische Gegenwartspräferenz sehen dezidiert vor, dass heutige Politiker vor allem den heutigen Wählern verpflichtet sind und Politik für diese gestalten. Eine ‚beiläufige‘ Repräsentation zukünftiger Generationen durch die politischen Delegierten der heutigen Generation wäre daher immer sehr fragil und wahrscheinlich auch selten. Ein solcher Ansatz kann per se nicht sicherstellen, dass die Interessen zukünftiger Generationen wie vom Betroffenheitsprinzip gefordert in den politischen Entscheidungsprozess als solchen eingebracht werden. Erfolgsversprechender und demokratietheoretisch stringenter sind Ansätze, die das Problem der politischen Berücksichtigung zukünftiger Generationen systematisch auf der prozedural-institutionellen Ebene adressieren und im besten Fall in der Lage sind, das institutionelle Anreizsystem so zu verändern, dass die demokratische Gegenwartspräferenz zugunsten der Interessen zukünftiger Generationen reduziert wird. Diese Ansätze sind es daher auch, die Gegenstand dieser politikwissenschaftlichen Forschungsarbeit sind.

Zur Reduzierung der Aporie müssen derlei institutionelle Mechanismen repräsentationstheoretisch fundiert und demokratietheoretisch gerechtfertigt werden. Auch sollte ihre Institutionalisierung angesichts der demokratischen Gegenwartspräferenz erklärt werden. Wie ist es möglich, diese Gegenwartspräferenz institutionell zu zähmen und zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie politisch zu berücksichtigen?

Die *Empirie* scheint der Theorie hier einen Schritt voraus zu sein. Konstatieren Kavka und Warren 1983 noch, es existierten keine institutionellen Mechanismen zur politischen Repräsentation der Interessen zukünftiger Generationen, lassen sich drei Jahrzehnte später mehrere Institutionen finden, die versuchen, die Interessen zukünftiger Generationen in den heutigen politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Erst 2016 wurde in Wales ein zukünftige-Generationen-Kommissar institutionalisiert. In Israel gab es zwischen 2001 und 2006 eine parlamentarische Kommission für zukünftige Generationen, die die noch ungeborenen Generationen vor der gesetzgebenden Gewalt repräsentieren sollte (The Knesset 2003: 21). Zu ihren Aufgaben gehörte es, die Gesetzgebung in Hinblick auf potenzielle negative Effekte auf die Bedürfnisse und Rechte zukünftiger Generationen zu beobachten, solche Effekte ggf. zu verhindern und bei Bedarf Gesetze zugunsten der Interessen zukünftiger Generationen zu initiieren (The Knesset 2003: 3). Als stärkstes Politikinstrument verfügte diese Institution über eine Art aufschiebendes Veto (Shoham/Lamay 2006: 248–249). Sie ist damit eines der eindrücklichsten, aber nicht das einzige Beispiel für Bestrebungen, zukünftige Generationen politisch zu berücksichtigen. Eine ähnliche Institution lässt sich in Ungarn finden (Parliamentary Commissioner for Future Generations 2012) und weltweit existieren zahlreiche staatliche Nachhaltigkeitsinstitutionen, die sich qua Definition ebenfalls um die Interessen zukünftiger Generationen kümmern, so zum Beispiel verschiedene Nachhaltigkeitsgremien oder auch Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen. Der World Future Council (2016) setzt sich, gemeinsam mit anderen Akteuren, aktiv für die Institutionalisierung von sogenannten ‚Guardians‘ oder ‚Ombudsmännern‘ für zukünftige Generationen auf allen Governanceebenen ein.

Besonders die Institutionalisierung von *starken* Institutionen für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen ist angesichts der demokratischen Gegenwartspräferenz überraschend und erklärungsbedürftig. Wirkmächtige Institutionen zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen würden wahrscheinlich kurzfristige Politiken, die neben unmittelbarem Nutzen für die Wähler auch Kosten für zukünftige Generationen mit sich bringen, deutlich erschweren. Zu denken ist hier beispielsweise an massive Rentenerhöhungen für heutige Wäh-

ler, die das Rentensystem (auch) für zukünftige Generationen in große Schwierigkeiten bringen. Auch könnten der heutigen Generation Kosten für die Lösung langfristig wirkender Probleme aufgebürdet werden. Politiker haben laut der These der demokratischen Gegenwartspräferenz weitaus stärkere Anreize, die Institutionalisierung solch starker Institutionen zu verhindern, als diese zu unterstützen (Kates 2015). Ihre Existenz ist aus dieser Perspektive ein *Puzzle*, das zu seiner theoretischen und empirischen Erforschung anregt. Kates (2015) konstatiert, dass die Institutionalisierung von wirkmächtigen Institutionen zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen erst dann möglich werde, wenn die demokratische Gegenwartspräferenz durch Änderungen des institutionellen Anreizsystems, also der Rahmenbedingungen solch einer möglichen Institutionalisierung, bereits reduziert wurde.

Die heutige politische Repräsentation zukünftiger Generationen wird also normativ-demokratiethoretisch gefordert und entgegen politikwissenschaftlicher Erwartungen tatsächlich – zumindest partiell – umgesetzt. Allerdings wurde diese Herausforderung der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen von der Politikwissenschaft bisher nicht hinreichend aufgearbeitet, vielmehr wurde das Feld lange der Philosophie überlassen. Exemplarisch sei hier der Philosoph Dieter Birnbacher mit seinem 1988 erschienen Buch „Verantwortung für zukünftige Generationen“ genannt, in dem er beispielsweise fordert, eine „Vertretung der Zukünftigen im unmittelbaren Umfeld politischer Entscheidungen“ im Sinne einer „Advokatenplanung“ zu etablieren (Birnbacher 1988: 266). Quentin Skinner hält den Klimawandel und speziell auch den Platz zukünftiger Generationen in unseren heutigen Überlegungen und Berechnungen für eines der drängendsten Probleme zeitgenössischer politischer Theorie und nimmt wohlwollend wahr, dass diese Probleme von Philosophen adressiert werden (Prokhovnik 2011: 236). Vor diesem Hintergrund tun sich in der *Politikwissenschaft* bei der Frage nach der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen *drei Lücken* auf.

Zum Ersten wurde, wie zuvor erwähnt, die politische Repräsentation zukünftiger Generationen repräsentationstheoretisch bisher nicht eingeholt. Zwar werden in den jüngsten Entwicklungen der *Repräsentationstheorie* zukünftige Generationen als zu Repräsentierende explizit anerkannt (vgl. Montanaro 2010: 187–188;

Näsström 2011a: 506; Saward 2006: 297, 2009: 1, 2010: 112–118; Urbinati/Warren 2008: 404), doch mangelt es noch an einer umfassenden Konzeption der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen. Auch gibt es in der Literatur diverse konkrete Vorschläge, wie man zukünftige Generationen politisch repräsentieren könnte, doch wurden diese bisher nicht repräsentationstheoretisch reflektiert und eingebunden (s. Abschnitt 5.3. dieses Buches).

Benötigt wird daher eine *demokratische Innovation*, nämlich ein Repräsentationskonzept, das zukünftige Generationen als Konstituenten, d.h. Repräsentierte, erfassen kann. Dieses Konzept soll ‚Proxy-Repräsentation‘ genannt werden.³ Der statistischen Methodik entlehnt ist ein Proxy im Allgemeinen ein Stellvertreter oder Surrogat für etwas oder jemanden, das bzw. der nicht unmittelbar verfügbar, messbar, manifest und ansprechbar ist.⁴ Diese Eigenschaften treffen auf zukünftige Generationen zu und unterscheiden sie von herkömmlichen Konstituenten wie den heutigen Wählern. *Proxy-Repräsentation* knüpft daran an und meint die politische Repräsentation von zukünftigen Generationen (vorläufige Definition). Diese sind kontemporär inexistent und daher nicht selbst politisch zugänglich. Ein Zugang zum politischen Entscheidungsprozess ist für sie nur über ‚Proxys‘ möglich. ‚Proxys‘ sollen in diesem Buch alle Institutionen genannt werden, die ‚Proxy-Repräsentation‘ betreiben, also zukünftige Generationen politisch repräsentieren.

Zum Zweiten wurden die Institutionen zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen bisher noch nicht umfassend *erhoben* und *systematisiert*. Zwar finden sich vereinzelt klassifikatorische und typologische Ansätze zur Systematisierung von Institutionen, die für die Interessen zukünftiger Generationen eintreten sowie von theoretischen Konzeptionen solcher Institutionen aus der Literatur (Kates 2015; Tremmel 2015). Jedoch sind diese Systematisierungen nicht

³ Unabhängig von der Einführung dieses Begriffs durch den Autor wird der Begriff insbesondere in der angelsächsischen Literatur bereits vereinzelt in diesem Kontext verwendet. Entsprechende Abgrenzungen werden im Abschnitt 3.1. vorgenommen. Dort wird der Begriff auch ausführlicher begründet.

⁴ In der angewandten Statistik können z.B. Schulnoten als (suboptimaler) Proxy für ‚Intelligenz‘ verwendet werden.

hinreichend repräsentationstheoretisch fundiert. Schließlich muss erst einmal repräsentationstheoretisch geklärt werden, welche Institutionen als Proxys verstanden werden sollen (und welche nicht). Anschließend können die repräsentationstheoretisch definierten Fälle dann in ihrer Vielfalt *typologisiert* werden. Ob des konstatierten Puzzles sind insbesondere jene Proxys interessant, die ein *hohes Wirkungspotenzial* haben. Es wäre daher für die Forschung hilfreich, über eine Typologie zu verfügen, die sich am Wirkungspotenzial der Proxys orientiert. Je höher das Wirkungspotenzial eines Proxys ist, desto erklärungsbedürftiger ist dessen Existenz angesichts der demokratischen Gegenwartspräferenz.

Zum Dritten fehlen *vergleichende empirische Untersuchungen* der potenziell wirkmächtigen Institutionen zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen, die deren unerwartete Institutionalisierung zu erklären helfen. Es finden sich lediglich Kurzbeschreibungen mehrerer Proxys (Göpel 2010; Göpel/Arhelger 2011; Tremmel 2015; WFC/CISDL 2010) und ausführlichere Beschreibungen der Institutionen in Israel und Ungarn (Ambrusné 2011; Shoham/Lamay 2006; Shoham 2010). Die *Rahmenbedingungen für die Institutionalisierung* solcher Proxys mit hohem Wirkungspotenzial sind bisher weitgehend unklar. Proxys mit hohem Wirkungspotenzial sind Proxys, deren formale Eigenschaften und Ausstattung die Mittel mit sich bringen, das institutionelle Anreizsystem zugunsten der Berücksichtigung der Interessen zukünftiger Generationen im politischen Entscheidungsprozess zu verändern und damit die demokratische Gegenwartspräferenz zu reduzieren. Kates (2015) These, dass die Institutionalisierung solcher Proxys nicht unter den üblichen Rahmenbedingungen demokratischer Herrschaft möglich ist, sondern hierfür zunächst einmal die Gegenwartspräferenz des heutigen politischen Anreizsystems geschwächt werden muss, bleibt bisher empirisch ungeprüft.

Die Aporie, das Puzzle und die damit verbundenen Forschungslücken bilden die wissenschaftliche Motivation dieser Forschungsarbeit. Die übergeordnete Forschungsfrage lautet: *Wie können zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie politisch repräsentiert und wie kann damit die Aporie der Demokratie reduziert werden?* Diese übergeordnete Frage differenziert sich anhand der drei genannten Forschungslücken in drei untergeordnete Forschungsfragen. Zum Ersten: Wie lässt sich die

politische Repräsentation zukünftiger Generationen *repräsentationstheoretisch konzeptualisieren*? Zum Zweiten: Wie können vorhandene Institutionen zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen *erhoben* und sinnvoll *systematisiert* werden? Zum Dritten: Was sind wesentliche *Rahmenbedingungen, die die Institutionalisierung* von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial ermöglichen?

Diese drei Forschungsfragen sind miteinander verbunden. Die erste Frage lässt sich in ihrer Beantwortung als *politiktheoretische* (genauer: demokratie- und speziell repräsentationstheoretische) *Grundlagenforschung* verstehen, die die politische Repräsentation zukünftiger Generationen konzeptualisiert und einen Möglichkeitsraum für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen aufspannt.

Die damit ermöglichte *Falldefinition* ist Voraussetzung für die Beantwortung der zweiten Fragestellung. Dort sollen so als Proxys identifizierte Institutionen mithilfe von Kurzfallstudien sinnvoll in einer *Typologie* systematisiert werden. Die Erhebung dieser Proxys ermöglicht es, die erwartete Heterogenität der empirischen Entsprechungen des neuen Konzepts der Proxy-Repräsentation zu erfassen und theoretisch fruchtbar zu machen. Die *Typologiebildung* wird von der Frage geleitet, welche Dimensionen zum Wirkungspotenzial der Proxys beitragen und dient damit zugleich als Grundlage für die Bildung des Konzepts des hohen Wirkungspotenzials.

Mit der Bildung des Konzepts der Proxy-Repräsentation und der Typologiebildung wird die politische Repräsentation zukünftiger Generationen aus politikwissenschaftlicher Perspektive sowohl theoretisch als auch empirisch systematisch in einer Art und Weise kartographiert, die analytischen Nutzen verspricht und weitere Forschung ermöglicht. Diese *Kartographierung eines neuen Forschungsfeldes* ist ein Hauptanliegen dieses Buches. Darauf aufbauend kann auch die dritte Frage gestellt werden, die die *Institutionalisierung von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial* als zu erklärende Variable in den Fokus nimmt. Aufgrund der erwarteten Heterogenität der Fälle wird der Untersuchung ein *äquifinales Kausalitätskonzept* zugrunde gelegt, sodass verschiedene Institutionalisierungspfade identifiziert werden können. Diese Pfade sollen nach Möglichkeit mit der Typologie in Verbindung gebracht werden, um zu untersuchen, ob die Institutionalisierung bestimm-

ter Typen mit bestimmten Kombinationen von Rahmenbedingungen einhergehen. Hier können ggf. *Muster entdeckt* werden, die die Aussagekraft der Typologie erhöhen.

Die empirischen Erkenntnisse werden zum Schluss an die theoretischen Diskussionen und entwickelten Konzepte zurückgebunden. Insgesamt entsteht so ein *umfassendes Bild institutionalisierter politischer Repräsentation zukünftiger Generationen in modernen Demokratien*, das demokratie- und repräsentationstheoretisch fundiert ist, empirische Proxys aus dem Feld systematisch aufarbeitet und erste theorie- und empiriegestützte Erkenntnisse zur Reduktion der demokratischen Gegenwartspräferenz und der Aporie der Demokratie in Bezug auf zukünftige Generationen anbieten kann.

1.2 Vorgehen und Aufbau des Buches

Um die Aporie zumindest in Teilen aufzulösen, müssen ihre Ausgangspunkte, also das demokratische Betroffenheitsprinzip, die demokratische Gegenwartspräferenz und die Standardkonzepte politischer Repräsentation genauer untersucht werden sowie die politischen Eigenschaften zukünftiger Generationen, die die genannten Probleme erst hervorbringen. Auch gilt es, in dieser Untersuchung Hinweise und Anknüpfungspunkte für mögliche Teillösungen der Aporie und damit auch für die Forschungsfrage, wie zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie politisch repräsentiert werden können, zu identifizieren. In diesem Zusammenhang sollten sich auch die drei untergeordneten Fragestellungen in der Gliederung des Buches wiederfinden. Zudem sollte die Anschlussfähigkeit dieser politikwissenschaftlichen Forschungsarbeit an die einschlägigen Debatten der politischen und praktischen Philosophie gewährleistet werden, da das Problem der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen und verwandte Probleme wie das der intergenerationellen Gerechtigkeit bisher fast ausschließlich dort bearbeitet wurden.

Die für dieses Unterfangen relevanten Forschungsstände, Begriffe, Konzepte und Methoden sollen dort entwickelt und dargestellt werden, wo ihr Gegenstand näher erörtert wird, also in den inhaltlich orientierten Kapiteln. Da einige Begriffe und Konzepte trotzdem schon vor ihrer ausführlichen Erörterung verwendet

werden müssen, wird anfangs auf vorläufige Definitionen und/oder das Fachverständnis des Lesers zurückgegriffen, bis eine wissenschaftlich zufriedenstellende Klärung erfolgen kann.

Die erste Hälfte des Buches (Kapitel 2 bis 5) ist primär theoretischer Natur, auch wenn mitunter zur Unterstützung theoretischer Argumente empirische Befunde erwähnt werden. Zunächst werden hier die Ausgangspunkte der Aporie, und damit die Problemstellung, näher untersucht. Dabei werden auch die Annahmen und Festlegungen begründet, die den weiteren Verlauf des Forschungsvorhabens prägen. Zunächst beschäftigt sich Kapitel 2 intensiver mit der Problemstellung, als es in der Einleitung möglich ist. Zu Beginn werden im Abschnitt 2.1 der für die Forschungsarbeit zentrale Begriff ‚zukünftige Generationen‘ näher bestimmt, für die politische Berücksichtigung relevante Eigenschaften zukünftiger Generationen erörtert und Implikationen für die Politik und diese Forschungsarbeit diskutiert. Anschließend werden im Abschnitt 2.2 verschiedene philosophisch geprägte Perspektiven auf die Frage vorgestellt, ob und wenn ja warum zukünftige Generationen politisch repräsentiert werden sollten. Neben dem demokratietheoretischen Betroffenheitsprinzip und dessen Anwendbarkeit auf zukünftige Generationen werden u.a. auch Konzepte intergenerationaler Gerechtigkeit und die Debatte um die Rechte zukünftiger Generationen kurz erörtert. Im Abschnitt 2.3 wird der verwendete Demokratiebegriff kurz erläutert und erklärt, warum demokratische Systeme nach gängiger Vorstellung zur Präferenz der Gegenwart über die Zukunft neigen und welche Implikationen das für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen hat.

Nachdem die politisch relevanten Eigenschaften zukünftiger Generationen, das Betroffenheitsprinzip und die demokratische Gegenwartpräferenz näher untersucht wurden, werden im Kapitel 3 der letzte Ausgangspunkt der Aporie, die Standardkonzepte politischer Repräsentation, erörtert und darüber hinaus das Konzept der Proxy-Repräsentation entwickelt. Demnach ist das genuin politikwissenschaftlich geprägte dritte Kapitel der ersten untergeordneten Forschungsfrage gewidmet. Nach einigen Anmerkungen zum Begriff der Proxy-Repräsentation (Abschnitt 3.1) und den für die folgenden Abschnitte relevanten Vorbemerkungen zum allgemeinen Konzeptverständnis (Abschnitt 3.2) werden im Abschnitt 3.3 in der gebotenen Kürze konzeptionelle Vorschläge für Institutionen